

Das Blatt erscheint täglich bei jedem Wetter...

Verantwortlich: Herr Dr. Richard...

Land-Blatt

werden die Ausgaben...

Erhalten täglich...

Redaktion und Druck...

Sechshundvierzigstes Jahrgang.

Nr. 194.

Halle a. S., Freitag, den 26. April.

1912.

Mb. Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

56. Sitzung, Donnerstag, 25. April, 12 Uhr.

Stat des Innern.

Abg. Dr. Rahnke (Vp.):

Au die Spitze meiner Ausführungen stelle ich das Wahlrecht...

Die Verträge gegen das Vereins- und Versammlungsrecht...

Angewiesen ist eine Reihe sozialdemokratischer Entzäge...

Minister des Innern v. Dallwig:

Ich weise den Vorwurf zurück, daß die Landräte ganz allgemein Helfer der konservativen Partei seien...

Der Geschäftsrat des Reichstages...

Bei der Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts...

sie nicht berichtigt erklären, die ständige Opposition gegen Sinn und Wortlaut der Akten...

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Die Sozialdemokratie ist die Kräfte der inneren Politik in Deutschland geworden...

Abg. Dr. Liebknecht:

Der Minister will keinen Ersatz unter die Parteien werfen. Wenn er so als Sammelwahlrichter...

Präsident Dr. Pfeil v. Effa rief den Abg. Liebknecht zum Einhalt in das Sprechergesetz...

Minister v. Dallwig legt ebenfalls Vernehmung gegen die Verleugung...

Freitag 11 Uhr: Weiterberatung.

Schluß: nach 5 Uhr.

Mb. Deutscher Reichstag.

46. Sitzung, Donnerstag, den 25. April.

Am Tische des Bundesrats: v. Tirpitz, Seyd. v. Securin, gen. Kühn.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Min.

Die Wehrvorlagen.

(Zweiter Tag.)

Abg. Kaufmann (Vp.):

Die politische Lage ist nicht ruhig, auch nicht schwarz, sondern grau. Ich erinnere an Tripolis, die Darbanelnfrage...

Das deutsche Volk will keinen Krieg. Die große Mehrheit ist von einem tiefen Friedensbedürfnis erfüllt...

Staatssekretär v. Tirpitz:

Der Abg. Kaufmann ist vorhin auf das Stärkereverhältnis unserer Flotte zu der englischen eingegangen...

Beleben Sie doch einmal, daß unsere Nation seit dem Untergang der „Sanja“ mit der See und dem Seeinteressen nicht mehr in Verührung gekommen ist...

des Staatssekretärs Nutzen gebracht hat, ist selbstverständlich, aber im Zusammenhang nicht. (Weißl. rechts.)

Preussischer Kriegsminister v. Heeringen:

Dass Sie sich zwei Worte gegen (Gedächtnis links und im Zentrum): Geheimrat Professor Dr. Czerny hatte durch den Herrn Generalmann erwidert, dass mittellich, und der Generalstab der Armee hat sich um eine persönliche Unterredung. Der Herr Prof. Dr. Czerny ist auf diese Sache überhaupt nicht eingegangen. Er hat, ohne überhaupt seitens der Militärverwaltung die Möglichkeit zu haben, ihm seine Beobachtungen mitzuteilen, um den Weg zu zeigen, auf dem es tun könne. Er hat dann das Wichtigste eingedrückt und es begründet mit seinem hohen Alter und Gesundheitszustand. (Hört. Rechts.) Das ist der Gegenstand, auf den ich mich beziehen will. Ich nehme an, dass in der Kommission Gelegenheit sein wird, darauf einzugehen, genau so, wie auch in der Deputation. (Aachen links.)

Herr v. Liebert (W.):

Es ist für einen alten Soldaten nicht ganz leicht, hier über die Wehrverhältnisse zu sprechen, nachdem verschiedene Redner sich hier so sehr gegen die Offiziere a. D. ausgesprochen haben. Diese Herren müssen sich doch um die Aufführung des Volkes, ebenso wie die nationalen Vereine. Diese Wehrverhältnisse hätten sich im vorigen Jahre kommen müssen. Demnach hätte ich ganz anders gemeint. Ich würde mich nicht so sehr über die Wehrverhältnisse Deutschlands beschuldigen. Das können wir durch ein einfaches radikales Mittel erreichen: durch die radikale Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht. Da nicht den anderen Nationen im Hinblick auf die allgemeinen Wehrverhältnisse, sondern die Wehrverhältnisse, die auch die allgemeine Wehrpflicht, die Wehrverhältnisse die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht noch nicht. Die Größe einer Armee beruht in der Friedensperiode. Warum hat sie nur um 20 000 Mann erhöht? Warum hat sie um 18 190 Mann 12 000 Soldaten Mann übersteigend, was nicht noch nicht, wie mich die Wehrverhältnisse a. D. ändern. Leute mit kleinen Begehren - siehe Rufe, etliche Schellen, traurige Reden - dürfen nicht mehr militärisch werden. Wir brauchen mehr Offiziere. Das ist eine wichtige Frage für die Zeit des Krieges. Die Armee muß ein junges Offizierskorps haben. Gegen die Ausbildung der Kriegsheerführer weicht sich die Truppe. Man kann das verlieren, aber doch sind diese Kriegsmannschaften sehr wichtig. Sie haben doch wenigstens marochieren und schießen gelernt. Der Wehrminister fehlt eine härtere Wehrplanung und eine bessere Ausbildung, und das ist das, was ich Ihnen über den Wehrminister am besten zu berichten, wie sie jetzt sind. Für die austretenden Unteroffiziere zu sorgen, ist unsere erste Pflicht. Die Leute beginnen langsam nach sich zu ziehen. Die Armee ist ständig vermindert, nicht aber die Bismillien, die für inaktive Offiziere in Unteroffiziersstellung kommen. Ich würde mich sehr freuen, wenn die Bildung des dritten aktiven Wehrheeres, über die Vorlagen beschließt, der dient dem Frieden. Aber sie scheint, über die Angstzustand der Wehr. (Weißl.)

Herr Colthorn (Welfe)

erklärt sich gegen jede Blüthenvermehrung. Die Heeresforderungen werden nur zu prüfen sein. Vorläufig sind wir uns noch nicht einig darüber, ob die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke notwendig ist. Die Radikale Partei in Westfalen kommt nicht über die Aufgabe der Wehrverhältnisse hinaus. Der Redner fordert Garantien für keine Erhöhung, und regte an, die Institution der Feldweibelkommission wieder einzuführen. Tief beauerlich sei die Haltung des Kriegsministers zu dem Duanlung. Sollte die Linie die Er-

höchstens in die Bedingung einmündig. So werden die gegen die Wehrverhältnisse. Auch die Wünsche die Macht und Größe des Reiches liegen, aber ob diese Vorlagen dazu beitragen werden, ist sehr zweifelhaft. Die Kosten sind für das Volk zu hoch.

Herr Wurm (Soz.):

Durch die Heeresgaben sind 1100 Millionen aus den Taschen der Reichen zu nehmen den Kräfteverhältnissen ungenügend. Das Verhältnismäßigkeitsgesetz ist nicht das man für die Gesetz in der Wehr. Die Spiritusrenner schießen die Ware im Ausland. Das ist der Patriotismus der Reichen! Das Verhältnismäßigkeitsgesetz hat die Erklärung, daß die offiziellem Budgetgrundbesitz der Heeresgaben notwendig, damit sie ihren Gehältern, dem Generalstab, den erforderlichen Aufschlag geben können. Der Herr Wurm, der an der Spitze der Spirituszentrale steht, soll das Gesetz dem Minister in die Feder liefern haben. (Hört. Hört bei den Soz.) Nun verachtet die Herrschaft auf die Heeresgaben. Der muß immer sein, der glaubt, daß sie freiwillig etwas hergeben, wenn sie Nutzen haben. Aber sie brauchen den Staat nicht mehr. Sie haben den Ring und den hohen Bundesrat. Wir geben den Kampf gegen den Schnaps nicht auf. Wir verlangen die Wehrleistung der Heeresgaben, aber dadurch, daß man allem mit der Verhältnismäßigkeitsgesetz abgehehrt. Das Gesetz ist ein Hilfsmittel zur Ausbesserung der Volkswirtschaft. Wir würden das Bräutermotiv ansetzen zeigen, wenn wir zur Hilfe der Reichen bekommen würden. Das Zentrum liegt in der, daß es die Interessen der Konventionen gewiss nicht, sondern die Interessen der Kommissionen bezüglich der Bräutermotiv ist nötig, damit nicht irgend welche anderen Steuern, Branntwein usw. fast dessen eingeführt werden. Die Verteuerung des Schnaps bringt nur einen vorübergehenden Anstieg des Schnapspreises. Der Redner erklärt, daß die Heeresgaben, indem er gegen Dr. Czerny, der behauptet, daß es ein ausreichendes Material vorbringt, dem Kriegsminister Dr. Welfe, der sich ausdrücklich auf sein Recht und seine Pflicht bezieht, unter dem letzten Wehrplan der bürgerlichen Parteien zur Sache gerufen. Herr Wurm: Gegenstand der Rede ist die Heeresfrage. (Hört. Rechts.) Sie hat die Heeresfrage. Unter großer Bewegung des Hauses erteilt nunmehr der Präsident dem Herrn Wurm das Wort. Dieser tritt mit einem Manuscript die Redezeit und verliest es.

Herr Spahn (Centr.):

Ich will auf die Ausführungen des Vortrags nicht eingehen, so verständig es auch wäre. Aber ich habe folgendes zu erklären (Rechts): Der Herr Kriegsminister glaube gefälligst gegen die Wehrvermehrung einlegen zu sollen, daß die allerhöchste Kabinetsorder über die Wehrverhältnisse des Reiches aus dem Jahre 1874 in dem Sinne des kaiserlichen Reichsgesetzes erlassen wurde. Dieser Wehrvermehrung hat er folgenden Gehalt: Jeder, der Aufstellungen bedient, wie es der beste Herr getan hat, muß unter den vorliegenden Umständen nicht mehr in die Wehrpflicht, in denen er höher zu sein, als die Wehrpflicht, in denen der Herr Kriegsminister muß sich namens meiner politischen Freunde mit aller Energie protestieren. (Stürmischer Beifall im Zentrum. Große Bewegung im ganzen Hause) und zwar auf Grund unserer Verhältnisse und unserer Verhältnisse. (Schloßte Zustimmung im Zentrum.) Aber die religiösen Gründe will ich mich nicht annehmen. Wenn im Deutschen Reich anerkannt die katholischen Christen von seiner Seite und aus seiner staatlichen Institution durch die Verfassung ausgeschlossen werden, wenn sie Auf-

gaben bedürfen, die ihrem christlichen Bekenntnis entsprechen, die ihnen die Wehrpflicht entzogen werden, die der Kriegsminister ihnen direkt durch die Ausübung der Wehr hat, und zugleich spricht er ihnen die Ehre ab, die er für sich und den Offiziersstand in Anspruch nimmt. (Stürm. Zustimmung im Zentrum). Der Kriegsminister hat Recht! (Stürmischer Beifall im Zentrum und links). Das Bürgerliche wie das Militärische bedient das Volk. Der Kriegsminister schließt den aus dem Offizierskorps aus, der dem Volk die Ehre und Gehorsam beweist. (Stürmischer Beifall im Zentrum). In der Kommission werden wir weiter zu sprechen. (Stürmischer Beifall im Zentrum, große anhaltende Bewegung). Der Präsident erteilt dem Herrn Spahn das Wort.

Herr Schwirmer (W.):

spricht gegen die Vorlage, die nichts als eine indirekte Steuer für viele Betriebe dem Untergang preisgeben würde. Er verlangt die Aufhebung des Durchschlagsbetrags und des Vergällungsgebührens.

Herr Graf v. Fabianovich (C. F. W.):

Bei den jetzigen Militärforderungen gilt es Vertrauen zur Regierung, die Finanzplanung, das Parlament eingehend prüfen. Die Landesverteidigung hängt nicht nur von der Herstellung, sondern auch von der Diplomatie ab, von der Gruppierung der Mächte. Deutschland ist ein Friedensvolk. Es ist sehr unangelegentlich das Schicksal fremder Nationen geworden, und wird es auch in Zukunft sein, so würde das wieder eintreten. Der Antrag auf Friedensbedingungen überläßt nicht abzugeben, sondern den Staatsparlamenten Grundlag zu belassen: Reize geben dem Ober, wenn man keine Zunge!

Herr v. Helldorff (W.):

Der Redner äußert Zweifel über die Wehrvermehrung, die augenblicklich den höchsten finanziellen Wohlbefinden und glaubt, man muß sich zu neuen Steuern werden läßt müssen. Er bemerkt gegenüber einer Wehrvermehrung, der ihn an sein Wort erinnert, daß die Heeresgaben den Gehältern der offiziellem Grundbesitz zugute kommen, das sei ein Privatvermögen, mindestens 10 Jahre lang, das auszugeben, überlasse er den Reichtumsverhältnissen älterer Damen. (Geheult.) Er habe damals auf die vergrößerte Ausgabe jenes Standes hingewiesen. (Hört. Rechts.) Auch eine Ansicht älterer Damen. - Geheult.)

Herr v. Hülsen (Natl.):

erklärt gegenüber der Rede des Wehrminister Abgeordneten, der an demselben Orte die Heeresvermehrung, aber leider das Stützengeld ablehnt, daß hinter dieser Wehrvermehrung die Wehr des bismarckischen Volkes nicht stehe. Die Wehr sind mit sich, der bismarckischen Parteien wieder aus der Verfassung, die stehen aber sie sollten den Blick von der Vergangenheit abwenden, die doch nicht wieder heraufzuholen ist.

Herr Werner (W.):

spricht die Zustimmung seiner Freunde zu den Vorlagen aus.

Herr Kretsch (Natl.):

erklärt, daß er der Kommission, die das Branntweinsteuergesetz bearbeitet hat, nichts angedeutet und daß er an der Ratifizierung des Gesetzes nicht die leiseste Schuld gehabt.

Die Heeresvermehrung und die Marinevermehrung gehen an die Budgetkommission. Herrmann (Natl.) beantragt, die Deckschuldener von anderen Kom. (Hört. von 23 Mitgliedern zu überweisen) auf die Zustimmung ergibt. Die Kommission, die die Heeresvermehrung für, das Zentrum und die Rechte gegen den Antrag. Der Haushaltsrechnung ergibt die Annahme des Antrages mit 160 gegen 155 Stimmen. Die besondere Kommission ist also beschloffen.

Freitag, 1 Uhr: Wahsprüfungen und Jesuiten-Interpellation, Schluß 6 1/2 Uhr.

Das Geheimnis von Fez.

Eine hochinteressante Beleuchtung und Erklärung erteilt die neue Revolution in Fez durch folgendes Schreiben eines seit vielen Jahren in Marokko lebenden Schweizer, das uns von einem Freunde unseres Blattes zur Verfügung gestellt wird.

... Die „Bagijstierung“ des Scharifenscheins durch die Franzosen ist nur noch eine Frage der Zeit und der vorhandenen Truppenanzahl (26 570 Soldaten befinden sich nach einer Mitteilung des französischen Kriegsministers Marand zurzeit in Marokko. Die Ned.), aber die Keßlung des Sultans Mulay Hafid, die geheimnisvollste und unheimlichste Stadt Nordwestafrikas, nach dem eroberten Frankreich noch manche harte Arbeit zu tun haben. In Fez, dieser Stadt, umschlossen von alten zerfallenden Befestigungswerten mit ihren drohenden Zinnen, scheint sich niemals etwas ändern zu wollen. Die aus Backsteinen und Lehm hergestellten Mauern, die sehr hoch, aber nicht sehr fest sind, können Fez zwar nicht gegen eine feindliche Invasion schützen, aber es von der ganzen übrigen Welt noch um Jahre hinaus absondern. Vor die hohen düsteren und majestätischen Toren, die seit dem 9. Jahrhundert die einzigen Zugänge zu der angeblich unheimlichern Hofburg des Sultans bilden, dürfte die neue Aera noch einige Zeit lang hart machen.

In der Stadt Fez herrscht stets ein geheimnisvolles bedrückendes Schweigen. Es schweigen die Gassen, die so eng sind, daß ein einziger Reiter sie in ihrer ganzen Breite ausfüllt; es schweigen die Märkte, auf denen sich das Volk der Käufer drängt; es schweigen die unübersehbaren Mauern; es schweigen die niederen Hauseingänge, auf deren Schwelle man niemals plaudert. Es gibt auch nicht eine einzige Hauptverkehrsader, auf der man mit Reizigen spazieren gehen könnte. Nichts als ein Gewirr von schmalen Gäßchen, von engen Durchgängen zwischen weißen Wänden, die kein Fenster haben. Oben rücken die Häuser dicht aneinander heran und bilden oft eine förmliche Wölbung über der feuchten schmutzigen Winde, die sich Straße nennt. Oft sind auch Schiffmasten und gebleichte Stoffe, von denen Spinnweben herabhängen, von einer Terrasse zur andern geworfen, als Schutz vor dem bishigen Sonne, das in die Gassen dringen könnte.

Wer sind nun die Bewohner dieser merkwürdigen Stadt, die so ängstlich das Schweigen und den Schatten lüden? Es sind zunächst einige reiche Aristokraten, die durch Betrug und Schwindel den großen Haufen lenken. Ob sie von den Männern der Regierung gehören, oder als Scherz religiösen Einfluß haben, stets arbeitet ihre Intelligenz aber laienhafte Minderheit mit Intrigen, um am Ruder zu bleiben. Der echte „Fak“ ist ein gewissenloser, aber kein brutaler Diplomat. Er liebt ein kompliziertes, geheimes, löblich zu witzendes Rätsel, das den Feind zu Boden wirft, ohne ihn zu vernichten, und zieht nie in die offene Wehrpflicht. „Mit der Zeit wird sich alles finden und ändern“, lautet sein Wahlspruch; mit andern Worten: er kann warten. Als geborener Schmeichler besitzt er große Geschicklichkeit in Ausflüssen und Aufschüben, und das führt ihn fast immer zum Siege. Er ist ein bedenklicher Mensch in der ganzen Bedeutung des Wortes. Den dringenden Reformen, die das Land und ihn retten könnten, hegt er teilnahmslos gegenüber. Er hat in hoher Termentarbeit be-

ganze soziale Gebäude jernagt und unterwühlt. Er weiß genau, daß es in Marokko überall nur äußeren Schein gibt, und daß dahinter Ruinen liegen. Seinem Egoismus ist das aber vollständig gleichgültig; er hofft, bis an das Ende seiner Tage die Schönheit seiner Behausungen mit ihren Marmorplatten und Ebernholzbeden, den Duft seiner Gärten und die Liebe seiner braunen Frauen in köstlicher Ruhe genießen zu können.

Die Bürger von Fez gleichen denen, von welchen sie regiert werden. Dieselbe Vorliebe für Lüste aller Art, dieselbe Gleichgültigkeit im Angesicht der Gefahr. Ihnen fällt es gar nicht ein, ihre von Weibern bedrohte Stadt zu verteidigen und zu schützen. Sie vertrauen sich den in weiter Ferne angeworbenen Mahallas oder Stämmen an, die recht wenig sichere und recht löslipfliche Bundesgenossen sind. Diese Söldnertruppen sind jeden Augenblick zur Blünderung bereit und für die bedrohte Stadt oft eine weit größere Gefahr als die Feinde, die ihre Mauern von außen bestürmen.

In seinen niederen Klassen endlich hat Fez, die Stadt von 120 000 Einwohnern, eine höchst unzuverlässige Bevölkerung, die stets zu Gewaltthatigkeiten geneigt ist, weil sie allzulange unter der entsetzlichen Schredenherlichkeit lebte. Wie ein Kadavergang aus jener schlimmsten Zeit ist es, wenn abends nach Eintritt der Dunkelheit die verkleideten Damen des kaiserlichen Harems auf regellos gestirnten Maulseil spazieren geführt werden und die gefürchtete Sultanswache dahereilt. Wehe dem, der nicht schnell ausbiegt! Umgestraft darf die Begleitmannschaft im Namen des Sultans über ihn herfallen und ihm lo viele Augen nachspießen, wie es ihm beliebt. Das Echo: Der Sultan kam in seinem Dar-el-Maghzen, einer Stadt in der Stadt, in die Treue seiner Untertanen nicht allzu großes Vertrauen setzen.

In solchen Dingen steigt das Geheimnis der in Fez immer von neuem ausbrechenden Unruhen. Und die Franzosen werden hier noch manche unangenehme Ueberraschung erleben, bis Marokko ganz „ih“ Land geworden ist.

V. de Ferrera.

Fez im Belagerungszustand.

Der französische Kriegsminister erteilt eine Depesche von General Moirier aus Fez, welche besagt, daß der Tag am 23. ruhig verlaufen ist und die Unterwerfung der marokkanischen Truppen anbahnt. Die aufklärerischen Soldaten, die auf 1000 geschätzt werden, sind aus Fez geflohen und haben sich ins Innere des Landes begeben, um die Stämme für einen Aufstand gegen die verhassten Franzosen zu begeistern. Es liegt also die Gefahr vor, daß man in nicht allzulanger Zeit mit neuen, größeren Unruhen zu rechnen haben wird. Die schnelle Konzentration der französischen Truppen scheint die Ruhe unter den einzelnen Stämmen, die sich auf einen Aufstand bereits vorbereitet hatten, wiederhergestellt zu haben. General Moirier versichert in dem Telegramm, daß nur die Vertheidigung des Belagerungszustandes über Fez die Gewähr für die Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe bieten würde. Aus diesem Grunde hat der Kriegsminister General Moirier beauftragt, über Fez den Belagerungszustand zu proklamieren.

Siebentausend Juden

die bei dem Blutbad in Melak entkommen sind, lassen hat-

nacht in den Häusern des Sultans Zuflucht gesucht, wo sie sich ohne Obdach befinden. Einige haben in den letzten Tagen die Mauer der Mauer des Sultans unterstulst gefunden. Man ist jetzt damit beschäftigt, ihnen Zelte zu errichten. Während des Aufstandes sind 51 Tode gemeldet und 38 verwundet worden.

Die Dardanellenfrage.

Der türkische Minister, der über die Wiedereöffnung der Dardanellen beriet, dauerte sehr lange. Die Minister haben der Presse keine Nachricht zugehen lassen. Gerüchte verlauten, daß die Konferenz keinen Einfluß gehabt habe, da die Minister nicht einig gewesen wären. Angeht die Beurteilung wegen der Gefahren, welche der Schiffahrt im Ägäis infolge etwaigen Vorkommens von Unruhen erlangen können, erklärt die Zeitung „Saba“ auf Grund von Informationen des türkischen Kriegsministeriums, daß die in den Dardanellen, an der Bosporus mündung, bei Saloniki und Smyrna gelegenen oder vorbereiteten Minen Konstantin neusten Systems seien, und daher keine Gefahr bestelle.

In der „Tribuna“ werden englische Schritte der deutschen Regierung

im Interesse der von den Türken in Tripolis festgehaltenen wissenschaftlichen Expedition verlangt. Es wird, sagt das Blatt, dem Ansehen des Deutschen Reiches nicht dienlich sein, wenn es die Freikennung der italienischen Expedition nicht durchsetzen könnte. Es ist eine sehr merkwürdige Ansicht, als ob Deutschland an Ansehen verlieren würde, wenn die Expedition in türkischer Gefangenschaft bliebe. Die Teilnehmer der Expedition haben sich in Kriegsgefangenen in Gegend ausgehakt, wo Kriegesrecht herrscht. Es gibt keine völkerrechtlichen Bestimmungen, die solche wissenschaftlichen Expeditionen einer kriegführenden Partei im Gebiete der andern sicherstellen. Die „Tribuna“ beruft sich auf den rein wissenschaftlichen Charakter der Expedition. Ob die Türken ihr diesen Charakter ebenfalls zurechnen, wissen wir nicht. Die Türken haben aber selber bei den Italienern in einer nicht ganz unähnlichen Sache solche Erfahrungen gemacht, nämlich mit dem noch immer nicht freigegebenen Spitali, das bei Hodeba von den Italienern beschlagnahmt wurde. Uebrigens sollte die offizielle „Tribuna“ mit ihren Versicherungen wegen des Schicks der Italiener vorläufig sein ohne die tatsächlichen Bemühungen der deutschen Regierung wären längst sämtliche Italiener aus der Türkei ausgewiesen.

Am 25. April. Die „Agenzia Stefani“ erklärt die Meldung des türkischen Kriegsministeriums, daß die Italiener in dem letzten Kampfe bei Derna 150 Tote und Verwundete gehabt hätten, als eine Verhöhnung aufgeben hätten, für falsch. Die Italiener hätten in diesem Kampfe, der übrigens nicht am 15. D. stattfand, nur einen Toten und einen Verwundeten gehabt, während die Verluste des Feindes bedeutend gewesen seien, so daß er sich schleunigst zurückziehen mußte, statt die Italiener zum Verlassen ihrer Stellungen zu veranlassen.

Deutsches Reich.

Konferenz zur Sicherung des Heeresverkehrs. Auf Anregung des Kaisers findet am 6. Mai im Reichsamt des Innern zu Berlin unter persönlicher Leitung des

Staatssekretär eine Konferenz hat, an welcher alle in Betracht kommenden amtlichen Stellen, die Vertreter der Redaktionen, Westler, der Seevereinigungsanstalt, des Kaufmannsvereins, der Schiffbauindustriellen Gesellschaft teilnehmen werden. Im Vordergrund der Beratungen dürfte stehen die Fragen der Rettungsboote, der wasserfesten Schotten, der Dampfzertrenner, der drahtlosen Telegraphie und der Fahrtschwindigkeit.

Die Jesuiteninterpellation in der bayerischen Kammer.

Wie aus München, 25. April, berichtet wird, wurde dort am Donnerstag im Abgeordnetenhaus die Interpellation der Liberalen wegen des neuen Jesuitenklassen verhandelt. Sie lautet wie folgt:

Was hat die königliche Staatsregierung zu der in ihrem jüngsten Erlaß gegebenen neuen Interpretation des Jesuitengesetzes demogen und mit welchen Gründen glaubt sie, diese Auslegung rechtfertigen zu können?

Ministerpräsident Freiherr von Hertling erklärt sich namens der Staatsregierung bereit, die Interpellation zu beantworten. Das soll aber erst geschehen, wenn die Staatsregierung im Reichstage ihre Stellung zur gleichen Frage bei der Interpellation Bassermann klargestellt habe. Das werde im Reichstage geschehen, sobald die erste Lesung der Wehrordnung beendet sei, also nach einem Telegramm an den Ministerpräsidenten am Freitag oder spätestens Sonnabend. In einem der ersten Tage der nächsten Woche, am Dienstag oder Mittwoch, solle und könne demnach im bayerischen Landtag erst die Antwort seitens der Regierung gegeben werden.

Der liberale Fraktionschef Abg. Dr. Casselmann beantwortet namens seiner Freunde, daß der Ministerpräsident heute nicht in der Lage sei, die Interpellation zu beantworten. Die Liberalen seien der Ansicht, daß die Staatsregierung unabhängig von den Verhandlungen im Reichstage und unabhängig von den Verhandlungen zwischen der bayerischen Regierung und der Reichsleitung hier ihre Auskunft hätte geben sollen über eine Sache, die im Lande und im Reich große Beunruhigung herbeigeführt habe. (Lärm und Widerspruch im Zentrum.) Natürlich mit Ausnahme von Ihnen, meine Herren! Nachdem wir aber nicht gefunden sind, ihre Monologie zu halten, müssen wir uns begeben. Ich bitte aber, wenn im Reichstage unerwartet wieder eine weitere Verögerung eintreten sollte, nicht auch hier im Landtag eine weitere Dinausführung herbeizuführen, damit die Sache nicht ad calendas graecas verfallen werde.

Abg. Timm (Soz.) erklärt, auch die Sozialdemokratie bedauere, daß der Ministerpräsident die Beantwortung verschoben habe. Nach der Geschäftsordnung müssen es gewichtige Gründe sein, Gründe zwingender Natur, die eine solche Verzögerung der Beantwortung veranlassen können. Das seien aber die Gründe des Ministerpräsidenten nicht. Der Herr ist erfolgt, also müsse er auch vertreten werden. (Dr. Freiherr von Haller, Soz., ruft: Bayern ist doch ein selbstständiger Staat!) Die Verzögerung der Beantwortung werfe ein glänzendes Licht auf die Schleichpolitik der bayerischen Regierung.

Ministerpräsident Freiherr von Hertling springt in großer Erregung in die Höhe und protestiert unter dem Lärm der Rechten gegen einen solchen Vorwurf. Er habe gar kein Bedenken, den Erlaß zu vertreten. Die Gründe der Verögerung entpinnen sich nicht nur der Geschäftsordnung, sondern sie liegen auch einwandfrei. Die Frage der Reichsregierung beruhe, die nach keine Stellung genommen habe, so wolle er und möge auch das Haus doch erst die Stellung der Reichsleitung abwarten.

Abg. Fischer (Zentrum) hält die Stellung der Staatsregierung für gar selbstverständlich. Die Verögerung liege auch im Interesse der Sache selbst. Auch die Interpellanten, meinte er, könnten sich inzwischen dann noch weiter besinnen.

Abg. Dr. Casselmann (liberal) erklärt, daß sei keineswegs nötig, denn die Sache liege absolut klar. Natürlich müsse Abgeordneter Fischer mit der Staatsregierung zusammengehen. Wunden müsse man sich nur, wenn er nicht mit ihr einverstanden wäre. Die Verzögerung der Interpellation sei zu bebauern, denn Bayern sei doch ein selbständiger Staat und müsse es auch der Reichsregierung gegenüber beweisen, und wenn die bayerische Regierung einen solchen Erlaß herausbringe, dann dürfe sie nicht auf die Rückmeldung über eine solche Rückmeldung warten, sondern sie müsse auf eigener, wenn auch schwerer Verantwortung heraus diesen Erlaß vertreten. Damit werde er, der Redner, im Lande draussen wohl verstanden werden. (Ungehörter Lärm und Widerspruch im Zentrum.)
Abschluß wurde die Sache verlassen.

Die Ethnographische Kommission des Reichstages

Nach Donnerstag nach längerer Debatte gegen die Stimmen der Konserverativen eine Resolution des Zentrums an, worin die Verwendung der Schutztruppe in Südwestafrika zu öffentlichen wirtschaftlichen Arbeiten (Wasserversorgung, Wasserbauten usw.) durch Errichtung technischer Kompagnien, einer anderweitigen Organisation der Landespolizei und eine Vergrößerung der Stärke der Schutztruppe gefordert wird.

Weiterhin stimmte die Kommission einer von der fortgeschrittenen Volkspartei beantragten Resolution in erweiterter Form zu, worin der Reichstag eine Entwürfe: 1. zu einem allgemeinen Schutzgesetz für alle Kolonien und 2. zu einem Gesetz, durch das die Schutztruppe eine auf dem allgemeinen gleichen geheimen und direkten Wahlrecht beruhende Vertretung der weißen Bevölkerung gestattet wird, die bei der Gesetzgebung mitwirken soll.

Beim Etat für Ostafrika verlangte das Zentrum die definitive Aufhebung der sogenannten Hausflaorer in diesem Schutzgebiet. Die seit dem 1. Januar 1906 geborenen Kinder von Flauern würden als Freie angesehen. In Tabora seien 15 000 Flauern. Ein Einkommen dagegen sei nötig, und bis längstens 1920 sollte die völlig Aufhebung der Flauerzölle durchgeführt werden.

Gouverneur v. Rechenberg erklärte, dem Antrage liege ein gelinder Gedanke zugrunde. Von einer Fiktion des Zerfalls solle aber Abstand genommen werden, im Interesse der Flauer selbst; diese seien keineswegs wehrlos. Freiheit ohne Unterhalt würde leicht zu folgenschwerer Unzufriedenheit führen; man müsse vorher Erhebungen über die durch Aufhebung der Flauerzölle entstehenden Kosten angestellt werden. Mit großer Mehrheit (gegen 3 Stimmen) wurde schließlich folgende Resolution des Zentrums angenommen: „den Reichsanstalt zu ersuchen, die Hausflaorer in Ostafrika ab 1. Januar 1920 restlos aufzuheben und die Vorbereitungen hierzu alsbald zu treffen.“

Auf Anfrage erstellte Gouverneur v. Rechenberg über die klimatischen und gesundheitlichen Verhältnisse Ostafrikas Aufschluß. Europäer brauchten von Zeit zu Zeit Erholungsurlaub in Europa, wenn sie ihre Arbeitskraft erhalten wollten. Die Gefahr der Minderleistung sei nicht befürchtet. Um ihre Verdienste zu vergrößern, sei das Bild an der Grenze dem Wohlstand zugehen, und die Bisse seien fast ausgesetzt worden. Ein nationalliberaler Abgeordneter behauptete das Widerhalten des Wäldes ohne gesundheitlichen Nutzen. Das Klima Ostafrikas sei auch für Europäer erträglich; man könne aber deren Anwesenheit nicht zu wünschen. Gouverneur von Rechenberg bestritt es als Pflicht der Verwaltung, die Wahrheit über die Verhältnisse Ostafrikas zu sagen. Kein Fall könne nachgewiesen werden, daß jemand an der Anwesenheit verhindert worden sei. Seine Mitteilungen hielten sich auf ärztliche Berichte und auf die Totenliste.

Befestigung der Nordseehäfte.

Die Reichsregierung hat für neue Fortifikationsanlagen an der deutschen Nordseehäfte die Vorarbeiten aufnehmen lassen. Den abgeklärten Befestigungen der Insel Helgoland und Vortum soll namentlich die Befestigung der Nordseeinsel Wangeroog folgen. Die Verhandlungen des Reiches mit der Oldenburgischen Staatsregierung, zu deren Hoheitsgebiet Wangeroog gehört, stehen unmittelbar vor dem Abschluß.

Der Bau der den fortifikatorischen Zwecken der Insel dienenden Eisenbahn durch zwei Kompagnien des Hanauer Eisenbahntregiments, der bereits vor Wochen fertiggestellt ist, soll noch vor Beginn der Wangerooger Badezeit fertiggestellt sein.

Hot- und Personalnachrichten.

Der Kaiser, der König und die Königin der Slesenen sowie sämtliche in Koru anwesenden Prinzen und Prinzessinnen und die beiderseitigen Umgebungen verbrachten den Mittwoch nachmittag auf der Insel Rido bei Koru. In den Ruinen der ehemaligen Festung wurde unter einem Zelt der Tee genommen. Die Kapelle der „Hohenrollen“ spielte. Sämtliche Mannschaften der drei deutschen Schiffe veranlaßten ein Spottfest, bei dem turnerische und sportliche Übungen mit weiteren Vorführungen wie der Parade eines Vorkampfes abwechselten.

Belich Riberlen-Waechters in Dresden.

Am 3. Mai trifft der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, von Riberlen-Waechter, in Dresden ein, um dem König von Sachsen seine Aufwartung zu machen und dem Staatsminister Grafen Bismarck von Glatz einen Besuch abzustatten.

Ausland.

Wahlrawake in Wien.

In Wien fanden gestern in elf Wiener Gemeindebezirken Stichwahlen statt. In der Mittagsstunde kam es in 15. Bezirk zu einer aufregenden Szene. Ein Christlichsozialer, der am Vormittag schon mit mehreren Sozialdemokraten in Konflikt geraten war und bei dieser Gelegenheit einem Arbeiter mehrere Schläge über den Kopf versetzt hatte, wurde mittags von mehreren Sozialdemokraten erkannt und verfolgt und schließlich auf einen Straßenbahnwagen. Die Sozialdemokraten eilten ihm nach, und der Mann — es soll ein Unterbeamter der städtischen Straßenbahn sein — wurde aus einem Revolver auf seine Verfolger vier scharfe Schüsse ab. Die Menge, die inzwischen immer mehr angewachsen war, eilte nach. Der Wagen konnte erst dadurch zum Stehen gebracht werden, daß Leute sich quer über die Schienen legten. Die Wache schritt ein und bildete eine Schutzkette um den Wagen. Der Mann und mehrere seiner Verfolger wurden verhaftet und zum Kommissariat gebracht. Durch einen der Schüsse ist ein Arbeiter am Arm verletzt worden.

Kreta und die Jahnsmächte.

Der „Times“ wird aus Athen gemeldet: Die Frage der Wiederbesetzung Kretas werde von England, Frankreich und Rußland ernstlich erörtern. Das jüngste provisorische Verbot der neuen Regierung, die gemeinlichen Mitteilungen mit der Vorkriegszeit, „Kriegsregeln“ an die Konstantinopel und andere Herausforderungen begeben habe, werde die Besetzung Kretas für die gewalttätige Aufrechterhaltung der Autorität der Mächte geben.

Kleine Tagesnachrichten.

Die neue Bergarbeiterbewegung in Hennegau nimmt einen bedeutlichen Umfang an. Die Zahl der Streikenden beträgt bereits wieder 10 000.

Die Wordingen von Paris.

Die Handelskammer von Paris hat folgende Resolution gefaßt: „Die Handelskammer von Paris ist durch die letzten Taten der Autoabanditen auf das schmerzhafteste berührt und bittet den Pariser Polizeipräsidenten, Maßnahmen zu treffen, ohne Umstände und Sicherheit unter allen Umständen aufrechtzuerhalten, insbesondere durch die Verhaftung des Sicherheitsdienstes.“

Die Pariser Blätter sind voll von den tragischen Ereignissen, denen der Bischof der Pariser Geheimpolizei Herr Jouin und sein erster Inspektor Colmar zum Opfer fielen. Diese neue Untat der juristischen Banditen hat eine ungeheure Aufregung in ganz Paris und den Vororten verursacht. Einige Überredung hatte die Meldung hervorgerufen, daß die Polizeisten, die zu der so tragisch gedeuteten Aufgabe nach Petit Cour ausgezogen waren, ohne Waffen gewesen seien. Der größte Teil der Morgenblätter hat nach wie vor an dieser These fest und kritisch festgehalten — gelinde gesagt — Verhöhnung der Beamten. Auch Jouin ist noch niemals ein Revolver bei sich getragen und selbst zu den gefährlichsten politischen Unternehmungen niemals weiter als seinen Stiel mit sich genommen haben.

Die Identität der vier gestern verhafteten Anarchisten und Wordingen ist jetzt festgestellt: Der Bandit, der unter dem Namen Simentoff gekannt wurde, und den man für einen Russen hielt, heißt in Wirklichkeit Antoine Reunier und ist 1880 in Gisorsville geboren. Die anderen drei verhafteten Anarchisten Carab, Gaudy und Collin werden wegen Begünstigung bei der Unterwelt Bonnots mit in die allgemeine Anklage einbezogen werden. Ueber die Ergreifung des Banditen Reunier werden noch folgende Einzelheiten berichtet, die von den ersten

konkret Darstellungen von gestern erheblich abweichen. Bereits ist acht Tagen war der Pariser Geheimpolizei auf der Spur dieses Verbrechers, der sich nach einem anfänglichen Aufenthalt in der Provinz schließlich nach Paris geflüchtet hatte. Er selbst habe nach in einem anderen Hotel, hinter sich stets die Polizei, die ihn längst hätte haben können, wenn Jouin nicht hätte beobachtet wollen, mit welchen Personen Simentoff Beziehungen hatte, um so vielleicht den Aufenthaltsort der anderen noch geliebten Banditen Bonnot, Garnier und Ballet zu erfahren.

Jouins Todesnachrichten.

Die Witwe des ermordeten Bischofs der Sicherheitspolizei Jouin erklärte, daß ihr Gatte schon seit längerer Zeit keinen allzu großen Lebensgenuß gehabt habe. Er habe in den letzten Wochen in ständiger Angst gelebt. In der Nacht vor seinem Tode äußerte er noch: „Du wirst sehen, diese Räuber werden mich töten.“ Jouin war 41 Jahre alt und hand seit 1896 im Dienst der Sicherheitspolizei. Sein unmittelbarer Vorgänger auf demselben Posten, Unterchef Biot, ist gleichfalls eines gewaltigen Todes gestorben. Er ist am 17. Juli 1909 bei der Verhaftung des langgehefteten Mautens- und Ritterschäfers Delamare erschossen worden. Jouin sollte Mittwoch vor der 11. Strafkammer als Zeuge erscheinen. Kurz nach dem Zugenaustritt trat der Gerichtsdiener mit einem Briefchen ein, den er dem Vorstehenden überreichte. Dieser teilte den Anwesenden mit: „Herr Jouin wird nicht als Zeuge erscheinen; er ist auf dem Felde der Ehre gefallen.“

Karis, 25. April. Entgegen den gestrigen Meldungen wird jetzt behauptet, es sei der Bischof bekannt gewesen, daß Bonnot sich in Paris aufhielt. Es wird der Polizei der Vorkauf gemacht, nicht die nötigen Vorkehrungen getroffen zu haben. Heute vormittag ließ es, der Fiktion sei von Kolzigern anstellt und seine Verhaftung sei unmittelbar bevor.

Halle und Umgebung.

Der Verband der Metallindustriellen von Halle (Saale) und Umgegend hat in Uebereinstimmung mit dem Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller auch in diesem Jahre seinen Mitgleichen zur Pflicht gemacht, solche Arbeiter, die am 1. Mai unentschuldig die Arbeit fernbleiben, bis auf weiteres nicht zu beschäftigen.

Halle und Umgebung.

Der Verband der Metallindustriellen von Halle (Saale) und Umgegend hat in Uebereinstimmung mit dem Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller auch in diesem Jahre seinen Mitgleichen zur Pflicht gemacht, solche Arbeiter, die am 1. Mai unentschuldig die Arbeit fernbleiben, bis auf weiteres nicht zu beschäftigen.

Halle und Umgebung.

Der Verband der Metallindustriellen von Halle (Saale) und Umgegend hat in Uebereinstimmung mit dem Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller auch in diesem Jahre seinen Mitgleichen zur Pflicht gemacht, solche Arbeiter, die am 1. Mai unentschuldig die Arbeit fernbleiben, bis auf weiteres nicht zu beschäftigen.

Halle und Umgebung.

Der Verband der Metallindustriellen von Halle (Saale) und Umgegend hat in Uebereinstimmung mit dem Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller auch in diesem Jahre seinen Mitgleichen zur Pflicht gemacht, solche Arbeiter, die am 1. Mai unentschuldig die Arbeit fernbleiben, bis auf weiteres nicht zu beschäftigen.

Halle und Umgebung.

Der Verband der Metallindustriellen von Halle (Saale) und Umgegend hat in Uebereinstimmung mit dem Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller auch in diesem Jahre seinen Mitgleichen zur Pflicht gemacht, solche Arbeiter, die am 1. Mai unentschuldig die Arbeit fernbleiben, bis auf weiteres nicht zu beschäftigen.

Halle und Umgebung.

Der Verband der Metallindustriellen von Halle (Saale) und Umgegend hat in Uebereinstimmung mit dem Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller auch in diesem Jahre seinen Mitgleichen zur Pflicht gemacht, solche Arbeiter, die am 1. Mai unentschuldig die Arbeit fernbleiben, bis auf weiteres nicht zu beschäftigen.

Halle und Umgebung.

Der Verband der Metallindustriellen von Halle (Saale) und Umgegend hat in Uebereinstimmung mit dem Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller auch in diesem Jahre seinen Mitgleichen zur Pflicht gemacht, solche Arbeiter, die am 1. Mai unentschuldig die Arbeit fernbleiben, bis auf weiteres nicht zu beschäftigen.

Halle und Umgebung.

Der Verband der Metallindustriellen von Halle (Saale) und Umgegend hat in Uebereinstimmung mit dem Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller auch in diesem Jahre seinen Mitgleichen zur Pflicht gemacht, solche Arbeiter, die am 1. Mai unentschuldig die Arbeit fernbleiben, bis auf weiteres nicht zu beschäftigen.

Halle und Umgebung.

Der Verband der Metallindustriellen von Halle (Saale) und Umgegend hat in Uebereinstimmung mit dem Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller auch in diesem Jahre seinen Mitgleichen zur Pflicht gemacht, solche Arbeiter, die am 1. Mai unentschuldig die Arbeit fernbleiben, bis auf weiteres nicht zu beschäftigen.

Halle und Umgebung.

Der Verband der Metallindustriellen von Halle (Saale) und Umgegend hat in Uebereinstimmung mit dem Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller auch in diesem Jahre seinen Mitgleichen zur Pflicht gemacht, solche Arbeiter, die am 1. Mai unentschuldig die Arbeit fernbleiben, bis auf weiteres nicht zu beschäftigen.

Halle und Umgebung.

Der Verband der Metallindustriellen von Halle (Saale) und Umgegend hat in Uebereinstimmung mit dem Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller auch in diesem Jahre seinen Mitgleichen zur Pflicht gemacht, solche Arbeiter, die am 1. Mai unentschuldig die Arbeit fernbleiben, bis auf weiteres nicht zu beschäftigen.

Halle und Umgebung.

Der Verband der Metallindustriellen von Halle (Saale) und Umgegend hat in Uebereinstimmung mit dem Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller auch in diesem Jahre seinen Mitgleichen zur Pflicht gemacht, solche Arbeiter, die am 1. Mai unentschuldig die Arbeit fernbleiben, bis auf weiteres nicht zu beschäftigen.

Halle und Umgebung.

Der Verband der Metallindustriellen von Halle (Saale) und Umgegend hat in Uebereinstimmung mit dem Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller auch in diesem Jahre seinen Mitgleichen zur Pflicht gemacht, solche Arbeiter, die am 1. Mai unentschuldig die Arbeit fernbleiben, bis auf weiteres nicht zu beschäftigen.

Halle und Umgebung.

Der Verband der Metallindustriellen von Halle (Saale) und Umgegend hat in Uebereinstimmung mit dem Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller auch in diesem Jahre seinen Mitgleichen zur Pflicht gemacht, solche Arbeiter, die am 1. Mai unentschuldig die Arbeit fernbleiben, bis auf weiteres nicht zu beschäftigen.

Halle und Umgebung.

Der Verband der Metallindustriellen von Halle (Saale) und Umgegend hat in Uebereinstimmung mit dem Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller auch in diesem Jahre seinen Mitgleichen zur Pflicht gemacht, solche Arbeiter, die am 1. Mai unentschuldig die Arbeit fernbleiben, bis auf weiteres nicht zu beschäftigen.

Halle und Umgebung.

Der Verband der Metallindustriellen von Halle (Saale) und Umgegend hat in Uebereinstimmung mit dem Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller auch in diesem Jahre seinen Mitgleichen zur Pflicht gemacht, solche Arbeiter, die am 1. Mai unentschuldig die Arbeit fernbleiben, bis auf weiteres nicht zu beschäftigen.

Halle und Umgebung.

Der Verband der Metallindustriellen von Halle (Saale) und Umgegend hat in Uebereinstimmung mit dem Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller auch in diesem Jahre seinen Mitgleichen zur Pflicht gemacht, solche Arbeiter, die am 1. Mai unentschuldig die Arbeit fernbleiben, bis auf weiteres nicht zu beschäftigen.

Halle und Umgebung.

Der Verband der Metallindustriellen von Halle (Saale) und Umgegend hat in Uebereinstimmung mit dem Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller auch in diesem Jahre seinen Mitgleichen zur Pflicht gemacht, solche Arbeiter, die am 1. Mai unentschuldig die Arbeit fernbleiben, bis auf weiteres nicht zu beschäftigen.

Halle und Umgebung.

Der Verband der Metallindustriellen von Halle (Saale) und Umgegend hat in Uebereinstimmung mit dem Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller auch in diesem Jahre seinen Mitgleichen zur Pflicht gemacht, solche Arbeiter, die am 1. Mai unentschuldig die Arbeit fernbleiben, bis auf weiteres nicht zu beschäftigen.

Halle und Umgebung.

Der Verband der Metallindustriellen von Halle (Saale) und Umgegend hat in Uebereinstimmung mit dem Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller auch in diesem Jahre seinen Mitgleichen zur Pflicht gemacht, solche Arbeiter, die am 1. Mai unentschuldig die Arbeit fernbleiben, bis auf weiteres nicht zu beschäftigen.

Halle und Umgebung.

Der Verband der Metallindustriellen von Halle (Saale) und Umgegend hat in Uebereinstimmung mit dem Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller auch in diesem Jahre seinen Mitgleichen zur Pflicht gemacht, solche Arbeiter, die am 1. Mai unentschuldig die Arbeit fernbleiben, bis auf weiteres nicht zu beschäftigen.

Halle und Umgebung.

Der Verband der Metallindustriellen von Halle (Saale) und Umgegend hat in Uebereinstimmung mit dem Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller auch in diesem Jahre seinen Mitgleichen zur Pflicht gemacht, solche Arbeiter, die am 1. Mai unentschuldig die Arbeit fernbleiben, bis auf weiteres nicht zu beschäftigen.

Halle und Umgebung.

Der Verband der Metallindustriellen von Halle (Saale) und Umgegend hat in Uebereinstimmung mit dem Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller auch in diesem Jahre seinen Mitgleichen zur Pflicht gemacht, solche Arbeiter, die am 1. Mai unentschuldig die Arbeit fernbleiben, bis auf weiteres nicht zu beschäftigen.

Halle und Umgebung.

Der Verband der Metallindustriellen von Halle (Saale) und Umgegend hat in Uebereinstimmung mit dem Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller auch in diesem Jahre seinen Mitgleichen zur Pflicht gemacht, solche Arbeiter, die am 1. Mai unentschuldig die Arbeit fernbleiben, bis auf weiteres nicht zu beschäftigen.

Halle und Umgebung.

Der Verband der Metallindustriellen von Halle (Saale) und Umgegend hat in Uebereinstimmung mit dem Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller auch in diesem Jahre seinen Mitgleichen zur Pflicht gemacht, solche Arbeiter, die am 1. Mai unentschuldig die Arbeit fernbleiben, bis auf weiteres nicht zu beschäftigen.

Halle und Umgebung.

Der Verband der Metallindustriellen von Halle (Saale) und Umgegend hat in Uebereinstimmung mit dem Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller auch in diesem Jahre seinen Mitgleichen zur Pflicht gemacht, solche Arbeiter, die am 1. Mai unentschuldig die Arbeit fernbleiben, bis auf weiteres nicht zu beschäftigen.

Halle und Umgebung.

Der Verband der Metallindustriellen von Halle (Saale) und Umgegend hat in Uebereinstimmung mit dem Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller auch in diesem Jahre seinen Mitgleichen zur Pflicht gemacht, solche Arbeiter, die am 1. Mai unentschuldig die Arbeit fernbleiben, bis auf weiteres nicht zu beschäftigen.

Halle und Umgebung.

Der Verband der Metallindustriellen von Halle (Saale) und Umgegend hat in Uebereinstimmung mit dem Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller auch in diesem Jahre seinen Mitgleichen zur Pflicht gemacht, solche Arbeiter, die am 1. Mai unentschuldig die Arbeit fernbleiben, bis auf weiteres nicht zu beschäftigen.

Halle und Umgebung.

Der Verband der Metallindustriellen von Halle (Saale) und Umgegend hat in Uebereinstimmung mit dem Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller auch in diesem Jahre seinen Mitgleichen zur Pflicht gemacht, solche Arbeiter, die am 1. Mai unentschuldig die Arbeit fernbleiben, bis auf weiteres nicht zu beschäftigen.

Halle und Umgebung.

Der Verband der Metallindustriellen von Halle (Saale) und Umgegend hat in Uebereinstimmung mit dem Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller auch in diesem Jahre seinen Mitgleichen zur Pflicht gemacht, solche Arbeiter, die am 1. Mai unentschuldig die Arbeit fernbleiben, bis auf weiteres nicht zu beschäftigen.

Halle und Umgebung.

Der Verband der Metallindustriellen von Halle (Saale) und Umgegend hat in Uebereinstimmung mit dem Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller auch in diesem Jahre seinen Mitgleichen zur Pflicht gemacht, solche Arbeiter, die am 1. Mai unentschuldig die Arbeit fernbleiben, bis auf weiteres nicht zu beschäftigen.

Halle und Umgebung.

Der Verband der Metallindustriellen von Halle (Saale) und Umgegend hat in Uebereinstimmung mit dem Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller auch in diesem Jahre seinen Mitgleichen zur Pflicht gemacht, solche Arbeiter, die am 1. Mai unentschuldig die Arbeit fernbleiben, bis auf weiteres nicht zu beschäftigen.

Halle und Umgebung.

Der Verband der Metallindustriellen von Halle (Saale) und Umgegend hat in Uebereinstimmung mit dem Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller auch in diesem Jahre seinen Mitgleichen zur Pflicht gemacht, solche Arbeiter, die am 1. Mai unentschuldig die Arbeit fernbleiben, bis auf weiteres nicht zu beschäftigen.

Halle und Umgebung.

Der Verband der Metallindustriellen von Halle (Saale) und Umgegend hat in Uebereinstimmung mit dem Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller auch in diesem Jahre seinen Mitgleichen zur Pflicht gemacht, solche Arbeiter, die am 1. Mai unentschuldig die Arbeit fernbleiben, bis auf weiteres nicht zu beschäftigen.

Main table containing stock market data with columns for company names, prices, and changes. Includes sections for 'Bank-Aktien', 'Industrie-Aktien', and 'Wahlaktien'.